



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 181. Ratssitzung vom 12. Januar 2022

4837. 2020/258

**Postulat von Ezgi Akyol (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 17.06.2020:  
Bericht über den sozioökonomischen Hintergrund der von Covid-19 betroffenen  
Personen und über die finanziellen Folgen der Erkrankung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2630/2020) und zieht es zurück: Das «Inverse Care Law» wurde erstmals im Jahr 1971 formuliert. Anhand von medizinischen Bevölkerungsdaten hat der Arzt Julian Tudor Hart nachweisen können, dass diejenigen, die am kränksten sind, am wenigsten ärztlich versorgt werden. Er konnte nachzeichnen, dass Krankheit und Reichtum negativ miteinander korrelieren, oder anders gesagt: Armutsbetroffene werden häufiger krank, erhalten seltener medizinische Unterstützung und leiden am meisten unter den Krankheitsfolgen. Im Verlauf der letzten 40 Jahre ist die Gültigkeit dieses Gesetzes in verschiedenen Ländern und in verschiedenen Situationen nachgewiesen worden. Nehmen Sie das Beispiel der Psychiatrie: Patientinnen mit psychischen Problemen erhalten in Vergleich zu somatisch Kranken signifikant weniger Ressourcen, obwohl sie mehr Defizite im Alltag vorweisen. Nicht erst seit der Pandemie werden die Wartelisten in psychiatrischen Ambulatorien und Praxen länger. Es ist daher kein Wunder, dass Ezgi Akyol (AL) und ich uns vertieft mit den Auswirkungen des «Inverse Care Law» in der Stadt Zürich auseinandergesetzt haben. Wir haben uns gefragt, ob sich diese Gesetzmässigkeiten auch bei Covid-19 Pandemiepatientinnen nachweisen lassen. Dementsprechend haben wir ein Postulat eingereicht, in dem die Zusammenhänge zwischen den sozioökonomischen Hintergründen der Virusinfektion und den finanziellen Folgen der Erkrankung auf die erkrankten Menschen aufgezeigt werden sollen. Das war im Juni 2020. Kaum war der Vorstoss eingereicht, hat uns das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) mitgeteilt, dass es das Postulat ablehne. In einem ersten Moment hat uns dies überrascht, denn der Stadtrat nimmt praktisch jeden Vorstoss an und auch solche, die eine abenteuerliche juristische Basis haben. Mit der Begründung haben wir die Position des Stadtrats noch weniger verstanden: Es wurde uns gesagt, dass es nach der ersten Pandemiewelle in der Stadt Zürich zu wenig Covid-19 Betroffene gäbe und man daher keinen Bericht machen könne, da die Daten der Personen kaum anonymisiert werden könnten. Wir haben schon damals entgegnet, dass die Wahrscheinlichkeit, dass diese Zahl zunehmen werde, sehr gross sei, womit das Argument entfalle. Die zweite Ausrede war, dass die Daten nicht zu organisieren seien. Sie würden vom Kanton, vom Bund und von allen erfasst werden, auf jeden Fall nicht vom GUD, weshalb das Ziel des Vorstosses nicht zu erreichen sei. Die Postulantinnen sollen dementsprechend einen Rückzug des Vorstosses in Erwägung ziehen und heute, mehr als ein Jahr später, ist es so weit: In Rücksprache mit Ezgi*



2 / 2

*Akyol (AL) ziehe ich das Postulat zurück. Nicht, weil uns die Argumentation des Stadtrats überzeugt hätte, ganz im Gegenteil: Im Wahlkampf könnten wir den Vorsteher mit dem Widerspruch konfrontieren, dass er sich als Macher sieht, aber vor der einfachen Aufgabe einer Datensammlung kapituliert. Julian Riou und Kolleginnen haben sich in der Zwischenzeit in einer Studie unserer Fragestellung gewidmet. Dabei haben sie gezeigt, dass die Befürchtungen des Stadtrats völlig unbegründet gewesen sind. Die Kolleginnen haben öffentlich zugängliche Daten miteinander gekreuzt. Sie haben dafür kein neues Labor auf die Beine stellen oder Quantenphysik betreiben müssen. Angetrieben von der Dringlichkeit der Fragestellung und der eigenen Neugier haben sie die statistischen Berechnungen durchgeführt. Die Forschenden haben unsere Befürchtung bestätigt. Das «Inverse Care Law» hat die Pandemie beeinflusst. Menschen, die in armen Gegenden leben, sind seltener getestet worden, haben aber eine grössere Wahrscheinlichkeit ein positives Resultat zu zeigen, ins Spital eingeliefert zu werden und zu sterben. Zwischenzeitlich wissen wir, dass der sozioökonomische Hintergrund und nicht die Nationalität das Impfverhalten beeinflusst. Was für unappetitliche Diskussionen, denken Sie an die Episode des Alba Festivals. Das hätten wir uns erspart, hätte sich der Stadtrat nicht gegen unseren Vorstoss gestellt. Was für datengestützte Massnahmen hätte der Stadtrat im Verlauf der zweiten und der darauffolgenden Epidemiewellen treffen können? Von frühzeitigen, spezifischen Aufklärungskampagnen, Test- und Impfoffensiven über die Zurverfügungstellung von Räumen und Hotels für Personen, die aus finanziellen Gründen keine Möglichkeit haben, sich zu isolieren, bis zur kompletten Kompensation des Erwerbsausfalls, damit Armutsbetroffene tatsächlich zuhause bleiben, weil sie positiv getestet werden, und vieles mehr wäre möglich gewesen. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Erkenntnis, auch wenn sie wissenschaftlich und auch wenn sie aus Bern kommt, sowohl beim Stadtrat als auch beim Parlament Spuren hinterlässt. Wir tragen die Verantwortung für die Gesundheit der Stadtbevölkerung zusammen. Daher kann es uns nicht egal sein, wenn die Dicke des Portemonnaies nach wie vor über Leben und Tod unserer Freundinnen, Nachbarinnen und Arbeitskolleginnen entscheidet. Daher kann es uns auch nicht egal sein, dass Armutsbetroffene als erste und am meisten die Konsequenzen von gesundheitlichen Problemen zu spüren bekommen. Dafür wählen Menschen Politikerinnen und bezahlen Steuern, damit wir alle zusammen das «Inverse Care Law» kennen und ausser Kraft setzen. Das macht eine moderne Demokratie aus.*

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat